SPD

## Rolle zurück

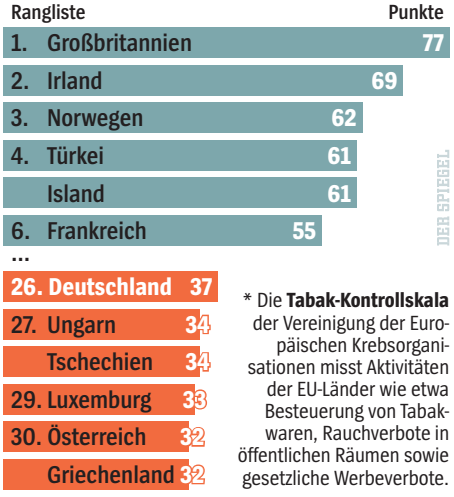
Teile der SPD wollen die staatlich geförderte Riester-Rente abschaffen. In einem gemeinsamen Papier fordern die Jusos und die Arbeitsgemeinschaft 60plus, die gesetzliche Rente müsse wieder „vorrangig und verlässlich“ einen angemessenen Lebensstandard sicherstellen. Riester- und Betriebsrente seien dann „lediglich private Ergänzungen“, ihre Förderung durch den Staat sei in diesem Fall „letztlich entbehrlich“. Außerdem wollen die beiden SPD-Untergruppen alle Erwerbstätigen in die Finanzierung des Rentensystems einbeziehen, also auch Freiberufler und sonstige Selbständige. Gemeinsam wenden sich Jusos und Partei-Senioren zudem gegen die Rente mit 67: Das Gesetz müsse „abgeschafft, mindestens im Vollzug ausgesetzt werden“, heißt es in dem Papier – schließlich seien beinahe 80 Prozent der 60- bis 64-Jährigen „nicht in einer sozialversicherungspflichtigen Vollerwerbsstelle tätig“. Stattdessen müsse es flexiblere Übergänge geben: „Wir wenden uns gegen eine auf ein bestimmtes Lebensalter festgelegte allgemeine Renteneintrittsgrenze.“

TOBIAS HASE / PICTURE ALLIANCE / DPA

*Raucherin auf der Münchner Wiesn*

### Europäischer Rauchmelder

Wie ausgewählte Länder beim Nichtraucherschutz abschneiden*




* Die **Tabak-Kontrollskala** der Vereinigung der Europäischen Krebsorganisationen misst Aktivitäten der EU-Länder wie etwa Besteuerung von Tabakwaren, Rauchverbote in öffentlichen Räumen sowie gesetzliche Werbeverbote.

GESUNDHEIT

## Mehr Umsatz ohne Qualm

Kneipengänger geben nicht mehr Geld aus, wenn sie in Lokalen rauchen dürfen. Das belegen neue Umsatzzahlen aus der Gastronomie. Die Ergebnisse beruhigen vielleicht die Brauer, die die nordrhein-westfälische Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Die Grünen) derzeit bestürmen. Nach Steffens’ Ankündigung, die laxen Rauchergesetze des Landes zu verschärfen, fürchten die Bierhersteller, bald weniger Getränke zu verkaufen. Das ist offenbar unbegründet: Die Umsätze der Gastronomie sind zwar seit Jahren rückläufig, dies hängt aber nicht mit den Rauchergesetzen zusammen, wie Brauer, Gaststättengewerbe und Tabakfirmen behaupten. Beispiel Bayern: Seit vergangenem Sommer herrschen dort die strengsten Regelungen Deutschlands. Dennoch stiegen die Umsatzzahlen im zweiten Halbjahr 2010 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,5 Prozent. Die Kneipen und Restaurants in Nordrhein-Westfalen mit umfassenden Ausnahmeregelungen für Raucher verzeichneten dagegen ein Minus von 3,1 Prozent. Allein in Essen sind von 362 Kneipen nur gut ein Drittel rauchfrei, viele hatten das Tabakverbot etwa durch Gründung eines Raucherclubs umgangen. Weil die meisten Lokale in NRW die Ausnahmen des Landesgesetzes derartig ausnutzen, will Ministerin Steffens jetzt die Regelungen ändern.

JUSTIZ

## Straffreiheit für Guttenberg-Plagiat?

Der frühere Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg wird in der Plagiatsaffäre möglicherweise nicht strafrechtlich belangt. Wie Münchner Strafverteidiger berichten, sei die bayerische Justiz auf der Suche nach Präzedenzfällen, in denen Ermittlungen wegen Urheberrechtsverletzungen eingestellt wurden, weil kein öffentliches Interesse bestand. Gegen Guttenberg ermittelt die Staatsanwaltschaft Hof seit mehreren Wochen, weil er große Teile seiner Doktorarbeit abgeschrieben und dies nicht gekennzeichnet haben soll. Zwar liegen in Hof mittlerweile rund 100 Strafanzeigen gegen den CSU-Politiker vor, jedoch bislang keine von den betroffenen Autoren. Deswegen ist öffentliches Interesse für eine Strafverfolgung nötig. Das bayerische Justizministerium wies den Verdacht der Einflussnahme auf die Ermittlungen zurück. Bei der Staatsanwaltschaft Hof hieß es, man werde zunächst den genauen Sachverhalt ermitteln, danach feststellen, ob er strafbar sei und erst dann ein öffentliches Interesse prüfen. Die Prüfungskommission der Uni Bayreuth, die die Plagiatsvorwürfe intern untersucht, kam offensichtlich zu der Einschätzung, dass der Ex-Minister bei seiner Dissertation bewusst getäuscht haben müsse. Ausmaß und Art des Plagiats ließen angeblich keinen anderen Schluss zu. Guttenberg hatte dies immer bestritten. Nach SPIEGEL-Informationen hat der Ex-Minister die Möglichkeit nicht genutzt, von dieser Kommission mündlich angehört zu werden. Noch Anfang März hatte er in seiner Rücktrittsrede beteuert, es sei ihm „ein aufrichtiges Anliegen“, sich an der Klärung der Vorwürfe zu beteiligen. Nun möchte er offenbar verhindern, dass die Kommission die Ergebnisse der Untersuchung öffentlich macht. Guttenbergs Anwälte hatten das mit dem Schutz seiner Persönlichkeitsrechte begründet. Die Universität setzt dem entgegen, die Menschen könnten eine umfassende Information über die Untersuchung erwarten, will aber ohne Zustimmung von Guttenberg den Bericht nicht publik machen, weil es sich dabei um eine interne Angelegenheit handele.

HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

*Guttenberg*